



# HESSISCHER LANDTAG

26. 10. 2020

## Kleine Anfrage

**Tobias Eckert (SPD) vom 22.09.2020**

**Genehmigungspraxis im Zusammenhang mit § 13 PBefG i. V. m. § 9 der Berufungszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr**

**und**

## Antwort

**Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Laut Regierungspräsidium Darmstadt findet nach der Genehmigung für den Gelegenheitsverkehr und der EG-Lizenz eine Überprüfung der Voraussetzungen statt. Diese Regelung wird generell für zehn Jahre erteilt.

### Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Gemäß der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Personenbeförderungsgesetz liegt die Zuständigkeit für die Erteilung von Genehmigungen für den Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen bei den Regierungspräsidien.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Voraussetzungen werden vor Erteilung einer Genehmigung für den Gelegenheitsverkehr geprüft?

Folgende Unterlagen müssen vom Antragsteller bei der Beantragung einer Genehmigung für den Gelegenheitsverkehr und Erteilung der EG-Lizenz vorgelegt werden:

- Führungszeugnis des Antragstellers und des Verkehrsleiters,
- Gewerbezentralregister des Antragstellers und des Verkehrsleiters,
- Auskunft aus dem Fahreignungsregister (FAER) des Antragstellers und des Verkehrsleiters,
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes,
- Bescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken- und Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung (max. drei Monate alt),
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft,
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Stadt/Gemeinde über die steuerliche Zuverlässigkeit,
- Nachweis der Sicherheit- und Leistungsfähigkeit,
- Angaben über KOM (Fahrzeugliste).

Frage 2. Wie, wann und nach welchem Zeitraum nach Erteilung der Genehmigung erfolgt eine Überprüfung der Genehmigungsvoraussetzungen?

Der Unternehmer wird nach fünf Jahren durch ein Schreiben darauf hingewiesen, dass die subjektiven Genehmigungsvoraussetzungen regelmäßig darzulegen sind. Vorzulegen sind daher dieselben Unterlagen wie bei der Antragstellung.

Frage 3. Gab es in der Genehmigungs- und Überprüfungspraxis Veränderungen?  
Wenn ja, welche und wann?

Änderungen sind mit der Verordnung (EG) 1073/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 in Kraft getreten. Diese Verordnung stellte gemeinsamen Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt auf. Die mögliche Genehmigungsdauer hat sich hierdurch von fünf auf bis zu zehn Jahre verlängert.

Frage 4. Wie ist die Genehmigung und Überprüfung vor zehn Jahren erfolgt?

Bei Antragstellung mussten vor zehn Jahren dieselben Unterlagen vorgelegt werden wie heute. Eine Überprüfung wurde früher jedoch nur durchgeführt, wenn es Zweifel gab, dass die Voraussetzungen noch vorliegen. Heute wird immer, d.h. auch wenn keine Anhaltspunkte für das Fehlen von Genehmigungsvoraussetzungen bestehen, regelmäßig nachgeprüft.

Frage 5. Werden alle Genehmigungen zu einem festen Zeitpunkt während des Zeitraumes der Genehmigung überprüft?  
Falls ja, wann und wie?  
Falls nein, warum berichten gerade in diesem Jahr einige Busunternehmer von einer solchen Zwischenüberprüfung?  
Falls die Überprüfungen stichprobenartig erfolgen, wie wird die Stichprobe ermittelt?

Es werden die subjektiven Genehmigungsvoraussetzungen bei allen Unternehmen nach fünf Jahren Genehmigungsdauer erneut überprüft.

Wiesbaden, 16. Oktober 2020

**Tarek Al-Wazir**